

# Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

**Abonnementspreis** für einen Monat einschließlich Bringerlohn 6.— Mt., bei Selbstabholung 5.50 Mt. Durch die Post bezogen vierteljährlich 18.— Mt., für einen Monat 6.— Mt., Bekleidgeld vierteljährlich 90 Pfa., monatlich 30 Pfa. Preis der Einzelnummer 30 Pfa. — Tel. 4508. — Postkontonr. 53477

**Redaktion:** Leipzig, Tauchaer Str. 10/21  
**Telegraphen-Adresse:** Volkszeitung Leipzig  
**Telephon 13693. — Verlag in Leipzig,**  
Tauchaer Straße 10/21 — Telephon 4508

**Insertenpreise:** Die 7 gespaltene Kolonelle oder deren Raum 1.00 Mt., bei Platzvorkauf 2.30 Mt.; Familiennachrichten, die 7 gespaltene Zeile 1.70 Mt. Reklame-Kolonelle 7.50 Mt. — Telephon für die Inseraten-Abteilung 2721  
Schluß der Inseraten-Aufnahme für die fällige Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen.

## Das Abrüstungsprotokoll unterzeichnet.

Spa, 9. Juli. Wie der Vertreter des W. L. B. erfährt, ist die deutsche Regierung einstimmig zu dem Entschluß gekommen, die von der Entente in der gestrigen Konferenz gestellten Bedingungen in der Frage der Entwaffnung und der Herabsetzung der Seeerwerbe anzunehmen. Die vorgesehene Strafbestimmungen bei Nichterfüllung dieser Bedingungen seien jedoch eine Abänderung des Versailler Friedensvertrages, zu deren Unterzeichnung die deutsche Regierung der vorherigen Zustimmung der gesetzgeberischen Faktoren bedürfe. Man hofft, daß in der heutigen Sitzung der Konferenz eine Formel gefunden wird, welche diesen Bedenken der deutschen Regierung Rechnung trägt.

Spa, 9. Juli. Heute vormittag 9 Uhr traten die deutschen Delegierten unter dem Vorsitz Fehrenbachs zur Beratung zusammen. Die Sitzung dauerte bis 10 1/2 Uhr. Bald darauf begaben sich die deutschen Bevollmächtigten nach der Villa de la Reineuse, um der anberaumten Sitzung der Konferenz beizuwohnen. Die Sitzung, in deren Verlauf die deutschen Delegierten das militärische Protokoll unterzeichneten, dauerte bis 11 1/2 Uhr, worauf General v. Seeckt und die deutschen militärischen Sachverständigen den Beratungskreis verließen. Die Sitzung wurde sofort wieder aufgenommen, um über die Frage der Schuldigen zu verhandeln. Jules Cambon wählte der Sitzung als französischer Sachverständiger bei.

### Die Gründe für die Unterzeichnung.

Einer Meldung der Telegraphen-Union aus Spa entnehmen wir folgendes:

Der einstimmige Unterzeichnungsbefehl der deutschen Delegation widerlegt am besten die Gerüchte über angebliche Demissionabsichten einiger Kabinettsmitglieder. Sowohl General Seeckt wie Reichswehrminister Gessler blieben im Amte. Die Gründe der deutschen Delegation für die Annahme der Entente-Bedingungen bestehen einmal darin, daß Deutschland praktisch und rechtlich keine Möglichkeit hat, die Formeln, wie sie in den drei Notizen vom 28. Juni festgelegt sind, zu bekämpfen; die Hinausschiebung der Räumung des Ruhrgebietes bedeutet weiterhin eine wesentliche Erschütterung. Die militärischen Sachverständigen verkennen überdies nicht, daß die Alliierten zweifellos entschlossen sind, im Falle der Ablehnung ihrer Bedingungen sofort die entscheidendsten Maßnahmen zu ergreifen. Ausschlaggebend dürfte aber letzten Endes die Erwägung gewesen sein, daß die Ablehnung der militärischen Forderungen der Alliierten die Verhandlungen von Spa vereitelt hätte. Dann aber wäre, ohne daß ein praktischer Nutzen erzielt worden wäre, eine Verhängung auf wirtschaftlichem Gebiete, die den Hauptgegenstand der Verhandlungen bildet, wohl unmöglich gemacht worden.

### Zugeständnisse in der Abrüstungsfrage.

Paris, 9. Juli. Nach einer Depesche des Echo de Paris aus Spa sind Deutschland bezüglich der militärischen Klauseln im Versailler Vertrag folgende Zugeständnisse gemacht worden, die die Mitteilungen über die getroffenen Entscheidungen vervollständigen:

Nicht eingeschlossen in die 1000 deutschen Offiziere, die durch den Vertrag Deutschland zugestanden sind, sind die Herzog- und Veterinäre, deren Zahl auf 300 bzw. 200 festgesetzt wird, ferner 735 Verwaltungsoffiziere. Deutschland kann eine Reserve von 5000 Gewehren und 2 Millionen Patronen halten, um die Verluste auszugleichen, die seinem Kriegsvorrat durch etwaige innere Kämpfe entstehen. Eine geringfügige Erhöhung der Zahl der Maschinengewehre, so daß alle Formationen in der Lage sind, sich zu verteidigen.

Deutschland hatte außerdem ein fünftes und sechstes Zugeständnis verlangt für die Vermehrung von Waffen und Munition, betart, daß alle Formationen, Ergänzungen und Schulen mit Waffen versehen seien, um Angriffe zurückweisen zu können, ferner die Wiederherstellung einer kurzen Militärdienstzeit mit der Garantie, daß man diese Vergünstigung nicht missbrauchen werde, um eine große Anzahl von Deutschen militärisch auszubilden. Diese letzten Verlangen sind nicht gewährt worden. Andererseits erhielt Deutschland das Recht, vorübergehend in der neutralen Zone zehn Bataillone, fünf Eskadrons und eine Batterie zu unterhalten.

### Die Entente will bei der Entwaffnung helfen.

London, 9. Juli. Der Korrespondent des Evening Standard meldet, daß die Alliierten die Entwaffnung auf jeden Fall noch im Laufe dieses Jahres wünschen. Sie werden aber gleichzeitig ihre Hilfe anbieten, um die schwache Regierung in Berlin in die Lage zu versetzen, die Entwaffnung durchzuführen.

### Keine Auflösung der Sicherheitspolizei?

Berlin, 10. Juli. Wie die Germania zuverlässig erfährt, traf gestern in den Morgenstunden bei der Reichsregierung in Berlin ein Telegramm aus Spa ein, nach dem unter der Entwaffnung der Sicherheitspolizei keineswegs deren völlige Entwaffnung oder gar deren Auflösung zu verstehen sei, sondern vielmehr nur die Entziehung schwerer Waffen und die Entmilitarisierung. Somit würde die Sicherheitswehr als reine Polizeitruppe fortbestehen können.

### Abreise der militärischen Sachverständigen.

Spa, 9. Juli. General v. Seeckt sowie die militärischen und Marine-Sachverständigen sind abgereist. Freitagnachmittag werden die Sachverständigen für die Wirtschaftsfragen erwartet.

### Kontrolle der Alliierten über die deutsche Kohlenproduktion?

Spa, 10. Juli. (T.L.) In der Besprechung am Freitag wurde zunächst die Frage der Kohlenablieferung erörtert. Die Besprechung dieser Frage begann mit einer ausführlichen Darstellung des Staatssekretärs Bergmann, der die Gründe für die Rückständigkeit der deutschen Lieferungen gegenüber den von der Wiedergutmachungskommission festgesetzten Ziffern auseinandersetzte. Als solche Gründe wurden u. a. innere Unruhen, Streiks, Hochwasser des Rheins usw. angeführt. Bergmann stellte fest, daß seit April die gelieferten Kohlenmengen dauernd gestiegen seien und im Mai eine Steigerung von etwa 40 000 Tonnen gegenüber dem Vormonat erreicht haben. Deutschland wüßte ein vernünftiges Abkommen mit den Alliierten zu schließen, sei aber darin von der ordnungsgemäßen Lieferung der ober-schlesischen Kohlen abhängig.

Auf diese Darlegungen Bergmanns erwiderte der französische Ministerpräsident Millerand, der in der Kohlenfrage als Sprecher der Entente auftritt, daß das von dem deutschen Delegierten gewünschte Abkommen im Versailler Vertrag bereits besteht, nach dessen Bestimmungen Deutschland ursprünglich zur Lieferung von 39 Millionen Tonnen verpflichtet gewesen sei, die später von der Wiedergutmachungskommission auf 27 Millionen Tonnen herabgesetzt worden seien. Wie seien diese Verpflichtungen erfüllt worden?

In dem von Bergmann als günstig angeführten Monat April haben die Lieferungen 800 000 Tonnen betragen, im Mai 1 100 000 Tonnen, dies sei etwa die Hälfte der vereinbarten Mengen. Vom 15. Juni an haben die Deutschen auf eigene Faust die Lieferungen herabgesetzt. Der Vorwand, daß in dieser Zeit die ober-schlesischen Kohlen nach Polen geliefert worden seien, sei nicht stichhaltig, da durch erhöhte Produktion tatsächlich 105 000 Tonnen mehr geliefert worden seien, als im Monat Mai. Deutschland sei in günstigerer Lage als Frankreich, denn seine Kohlenbedeutung betrug 70 Prozent gegen 59 Prozent in Frankreich. Wenn Deutschland die Bestimmungen des Vertrages genau erfülle, sei es mit 67 Prozent Deckung immer noch besser gestellt als Frankreich. Dabei dürfe man nicht vergessen, daß die Verpflichtung Deutschlands nur auf der ohne militärische Notwendigkeit und nur volkswirtschaftliche Zweck verfolgenden Fortführung der Kohlenverwerke Frankreichs beruhe. Millerand betonte ferner, daß Deutschland in demselben Augenblick, in dem es gegen seine Verpflichtungen verstoße, mit seinen Nachbarn Lieferungsverträge abgeschlossen habe, und zwar trotz Einspruchs der Wiedergutmachungskommission.

Angesichts dieser Tatsachen hätten die Alliierten gemäß dem Versailler Vertrag beschlossen, die von ihnen beschlossenen Maßnahmen bekanntzugeben. Millerand verlas darauf eine Erklärung, die in der Hauptsache vier Punkte enthält:

1. den Kohlenanforderungen Frankreichs die Priorität aus allen deutschen Förderungen sichern.
2. eine alliierte Kohlenkontrollkommission mit dem Sitz in Berlin einrichten, um die Gesamtverteilung der in Deutschland geförderten Kohle zu überwachen und zu beaufsichtigen.
3. Deutschland zur Vorlage eines genauen Kohlenlieferungsplanes für seine gesamte Kohlenwirtschaft zur Genehmigung durch diese Kohlenkontrollkommission nötigen.
4. werden im Falle der Nichterfüllung dieser Bedingungen auf Verlangen der Reparationskommission bestimmte Strafmaßnahmen in Aussicht genommen.

Im Anschluß an die Verlesung des Schriftstückes forderte Millerand die deutschen Delegierten auf, diese Erklärung, die von ihm ausdrücklich als Deklaration (Entscheid) bezeichnet wurde, zu unterschreiben. Der deutsche Außenminister Simons erwiderte, dies sei nicht möglich, da die Delegierten eingehend mit den Sachverständigen beraten müßten, worauf vereinbart wurde, daß die Deutschen ihre Antwort am Sonnabendvormittag 11 Uhr in einer Sitzung erteilen sollen.

In der gestrigen Nachmittagsitzung wurde ferner in der Frage der Bestrafung der Schuldigen ein Protokoll unterzeichnet, das auf den Brief des Präsidenten des Obersten Rates an die deutsche Regierung vom 7. Mai ds. Js. Bezug nimmt und festsetzt, daß der oberste Reichsanwalt in Leipzig direkt mit den obersten Justizbehörden der alliierten Länder in Verbindung treten werde, um zusammen mit einer Kommission oder auf anderem Wege die Untersuchung der vor dem Reichsgericht schwebenden Prozesse zu führen.

## Konzentration des Kapitals.

E. P. Es hat bei einigen moralisch verantwortlichen Leuten Kopf-schütteln verursacht, daß Herr Sinnes mit Herrn Millerand in Spa eine Zusammenkunft gehabt hat, bei der sich die beiden über die Wiederherstellung der verwüsteten Gebiete unterhielten. Wie, Herr Sinnes, den man als den Hauptschuldigen an der Ausraubung der industriellen Werke Nordfrankreichs und Belgions bezeichnet, soll jetzt dazu berufen sein, dem französischen „Erbfeind“ sachverständige Vorschläge über den Wiederaufbau zu machen? Wer die wirtschaftlichen Vorgänge aufmerksam verfolgt, und sich nicht von nationalen Phrasen betören läßt, den wird diese Nachricht freilich nicht überrascht haben. Es ergibt sich aus diesem Vorgang aufs neue, daß die Kapitalisten bei der Durchführung ihrer Pläne keine Landesgrenzen kennen. Der Weltkrieg hat die weltwirtschaftliche Entwicklung des Kapitals nur unterbrochen; nun wird das Versäumte mit Hochdruck nachgeholt. Die Besprechung, die Herr Sinnes als persönlicher Vertreter des deutschen Kapitals mit Herrn Millerand als dem politischen Vertreter des französischen Kapitals gehabt hat, sind ein Symbol dafür.

Vor einigen Tagen wurde gemeldet, daß sich in Luzern eine Aktiengesellschaft für Industriewerke gebildet hat, der neben schweizerischen, belgischen und englischen Persönlichkeiten die Aktiengesellschaft Julius Sichel u. Co. in Mainz sehr nahesteht. Diese neue Gründung ist der Deckmantel für einen großen Industriekonzern, der eine Reihe von Werken besonders in Rheinland und in Belgien umfaßt. Die Firma Sichel bringt als wichtigsten Gutshafen die Aktiengesellschaft für Bergwerke und Eisenkonstruktion vorm. Hagers in Rheinbrool mit. Mit einer großen belgischen Gesellschaft war sie schon früher eng verbunden.

Auch in anderen Industrien sind schon in zahllosen Fällen ähnliche Verbindungen mit ausländischen Unternehmungen abgeschlossen worden. Am bekanntesten ist die Beteiligung amerikanischer Kapitals an der deutschen Elektro-Industrie, besonders bei der Allgemeinen Elektrizitäts-Gesellschaft, am Siemens-Schuckert-Konzern und bei der Tesla und Guilleaume-Karlswerk A.-G. In der Gummiindustrie ist es die Continental Compagnie in Hannover, das größte deutsche Werk dieser Branche, an der ausländisches Kapital in beträchtlichem Umfang beteiligt ist. Besonders zahlreich sind die Abmachungen mit ausländischem Kapital in der Versicherungsbranche; so bei der Seefahrts-, Transport- und Rückversicherungs-A.-G., bei der „Helios“-Assuranz Cie. in Köln, bei der „Nordstern“-Transport-Versicherungs-A.-G. in Berlin. Auch die Automobilindustrie ist mit dem ausländischen Kapital verbunden. So vor allem die Fahrzeugfabrik Augsburg-Nürnberg, die sich jetzt Hannover nennt.

Die größte Aufmerksamkeit haben in der jüngsten Zeit die Verhandlungen gefunden, die von den großen Reederei-gesellschaften mit amerikanischem Kapital geführt worden und die zum Teil schon zum Abschluß gekommen sind. Die Hamburg-Amerika-Linie, das größte deutsche Schiffsahrtsunternehmen, hat mit der New Yorker Bankfirma Harriman Co. eine Vereinbarung getroffen, durch die ein vollkommenes Zusammenarbeiten beider Kontrahenten geschaffen worden ist. Das Norddeutsche Lloyd ist mit Verhandlungen, die sich in ähnlicher Richtung bewegen, noch nicht zu Ende, aber es darf angenommen werden, daß auch sie zu festen Vereinbarungen führen werden.

Gute Vorarbeit zu der internationalen Verstrickung des Kapitals wird in Deutschland selbst geleistet. In unablässiger Folge vollziehen sich in der deutschen Industrie Verschmelzungen, Konzentrationen, Kapitalverhinderungen. Herr Sinnes selbst ist ein lebendiges Beispiel dafür, wie weit dieser Prozeß schon fortgeschritten ist. Ein ähnliches Beispiel bieten die Nachrichten über die in aller Stille durchgeführten Pläne der Familie Stumm, der Könige von Saarabien. Wie die Schiffsahrtsgesellschaften bei der Auslieferung der deutschen Fahrzeuge an die Entente, so haben auch die Industriellen Lothringens und des Saargebietes bei der Ueberführung ehemals deutscher Werke in französischen Besitz glänzende Geschäfte gemacht. Sie bekamen die Abfindungen in Frankenwährung und bei der Umrechnung in deutsche Valuta sind ihnen so ungeheure Summen in die Hände gefallen, daß sie damit die weitestgehenden Pläne verwirklichen können. Es gibt zwei Firmen Stumm; die eine, die in Neunkirchen ihren Sitz hat, steht zu 80 Prozent unter dem Einfluß einer französischen Gruppe, die Mitglieder der Familie Stumm besitzen von diesem Unternehmen 40 Prozent der Anteile. Die andre Firma oder vielmehr ein Firmenkonzern, der im Besitz der Familie Stumm sich befindet, hat ihr Tätigkeitsgebiet zumeist nach Rheinland-Westfalen verlegt. In der Volkszeitung wurde vor jüngst eine Aufstellung von Beteiligungen des Stumm-Konzerns gegeben worden. Stumm kontrolliert jetzt die Gelsenkirchener Gußstahl- und Eisenwerke, das Annener Gußstahlwerk, die Vereinigten Proß- und Hammerwerke in Dahlenhausen-Bielefeld, die Chemische Fabrik in Brauweiler bei Bielefeld, das Stahlwerk Deking, die Eisenindustrie in Mendern und Schwerte, die Westfälischen Eisen- und Drahtwerke in Herne